

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(17. Ausschuß)**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/4769 —**

**zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein,
Lieselott Blunck (Uetersen), Heidemarie Wieczorek-Zeul, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 12/2802, 12/4036 —**

Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf Umwelt- und Verbraucherschutz

A. Problem

Durch den Binnenmarkt ausgelöste Umweltbelastungen und Nachteile für den Verbraucher zu verhindern, ist das Ziel des Antrags, der die Bundesregierung auffordert, sich für näher bezeichnete Maßnahmen einzusetzen, damit die Integration der umweltpolitischen Erfordernisse in die anderen Politikbereiche der Gemeinschaft zustande kommt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 12/4769 abzulehnen.

Bonn, den 12. Januar 1994

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Wolfgang von Geldern
Vorsitzender

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichtersteller

Dr. Liesel Hartenstein
Berichterstellerin

Gerhart R. Baum
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Liesel Hartenstein und Gerhart R. Baum

1. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 12/4769 wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 1993 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß, an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an den Ausschuß für Verkehr, an den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung sowie an den EG-Ausschuß überwiesen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat in seiner Sitzung am 12. Mai 1993 den Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt (13:4:1).

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat am 16. Juni 1993 den Entschließungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

Der Ausschuß für Verkehr, der die Vorlage in seiner Sitzung am 30. Juni 1993 beraten hat, hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 10. November 1993 den Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt; diesen Beschluß faßte er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der EG-Ausschuß hat am 27. Oktober 1993 die Ablehnung des Entschließungsantrages empfohlen.

Der Rechtsausschuß hat in seiner Sitzung am 19. Januar 1994 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Entschließungsantrag abzulehnen.

2. Der Antrag auf Drucksache 12/4769 fordert von der Bundesregierung Maßnahmen, damit im Zuge des europäischen Binnenmarktes, der auf Wettbewerb und Wachstum ausgerichtet sei, keine zusätzlichen

Belastungen der Umwelt und Nachteile für die Verbraucher entstehen.

Insbesondere in den Bereichen Energieverbrauch, Verkehr und Abfall müsse gehandelt werden.

Bei der Harmonisierung der Rechtsvorschriften sei das von Artikel 100a des EG-Vertrages für den Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz geforderte hohe Schutzniveau zu beachten.

Darüber hinausgehende nationale Umweltschutzbestimmungen seien zuzulassen. Schließlich erachtet der Antrag die Integration der umweltpolitischen Erfordernisse in die anderen Politikbereiche der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als notwendig, wofür die Bundesregierung sich unter Beachtung näher bezeichneter Vorgaben einsetzen soll.

3. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 67. Sitzung am 12. Januar 1994 den Antrag beraten.

Die Fraktion der SPD wies auf die gerade in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise drohende Gefahr von umweltpolitischen Rückschritten hin. Ohnedies sei unbestritten, daß es in der Europäischen Union Probleme im Bereich des Umweltschutzes gebe. Institutionelle Veränderungen, wie sie der Antrag auf Drucksache 12/4769 fordere, müßten von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgehen.

Die Koalitionsfraktionen lehnten den Antrag ab. Die Forderungen des Antrags seien an den falschen Adressaten gerichtet. Es sei dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der sich nachhaltig für eine an den fortschrittlichen deutschen Vorstellungen ausgerichtete europäische Umweltschutzpolitik einsetze, zu verdanken, daß es eine programmatische Weiterentwicklung in der Europäischen Union gebe, die unbeschadet möglicher Verbesserungen in die richtige Richtung gehe.

Da für die Europäische Umweltagentur inzwischen ein Standort gefunden sei und die Kommission eine Protokollerklärung abgegeben habe, wonach sie die Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt auch für den eigenen Aufgabenbereich akzeptiere, seien — so die Koalitionsfraktionen — schließlich einige Teile des Antrags auf Drucksache 12/4769 erledigt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschloß mehrheitlich, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Bonn, den 1. Februar 1994

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Berichtersteller

Dr. Liesel Hartenstein
Berichtersterlerin

Gerhart R. Baum
Berichtersteller